

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Beleglohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Bettendorferplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Bettendorferplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Zusätze werden die Gespaltene Pettiteile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 267.

Dresden, Montag den 17. November 1913.

24. Jahrg.

Der geschäftsführende Ausschuss der sächsischen Nationalliberalen hat sich in vier Resolutionen für größeren Streikbrecherstrafe ausgesprochen.

Die Rüstungskommission wurde bis zum 9. Januar vertagt.

Die Berliner Polizeiverwaltung verbietet die Abhaltung von Versammlungen am Montag, in denen zum Austritt aus der Kirche aufgefordert werden sollte.

In einer Söskoler Versammlung äußerten sich bulgarische Führer über die Ursachen des bulgarischen Unglücks.

Ein neuer Vorschlag, den das mexikanische Kabinett nach Washington sandte, soll die Grundlage für die Wiedereröffnung der Verhandlungen abgeben.

Würdelosigkeit der bürgerlichen Parteien

Hier haben bereits betont, daß das Verfahren der Regierung gegen den Abgeordneten Liebknecht und die sozialdemokratische Fraktion keineswegs eine persönliche Sache zwischen einer Partei und der Sozialdemokratie ist, daß es sich vielmehr um eine fundamentale Frage des parlamentarischen Rechts handelt. Wir haben aber nach dieser unsere Zweifel ausgesprochen, ob die bürgerlichen Parteien Verständnis für diese Frage haben und ob sie den Mut finden werden, gegen das Verhalten der Reichsregierung aufzutreten. Ein Blick in die Presse des Zentrums und der Nationalliberalen zeigt, wie berechtigt diese Zweifel waren.

Der mit amtlich beschafften Mitteln finanzierte Verleumdungsorgan gibt den Ton an, wie das herausfordernde Verfahren der Regierung zu beurteilen sei. Zwar wird die Verleumdung nicht als sachlich bezeichnet, aber "sachlich" in die Ablehnung des Abgeordneten Liebknecht durch den Reichstag "nicht schwer zu verstehen". Es wird der eigentliche Versuch gemacht, das, was rechtlich zweifelhaft ist, doch als sachlich berechtigt auszugeben. Wie aber soll die Würdelosigkeit Liebknechts "sachlich" begründet werden? Dies kann nur geschehen, indem man die Person Liebknechts mit allerlei Schandflecken und Vorkriegsverbrechen überhäuft. Bei Liebknecht, so schimpft das Blatt, fehlten die unerlässlichen Verbindungen einer unparteiischen Haltung. Ihm genüge jede Verächtlichmachung der Staatseinkünfte, sie möge noch so leichtfertig erhoben sein, um sofort als Anklage aufzumarschieren. Er sei "ein billiger Eiferer", der vielmehr in Parteiverfammlungen am Plage sei, "wo es auf eine Unwahrheit mehr oder weniger nicht ankommt", in einer, zur Feststellung der Wahrheit berufenen Gesellschaft, die von politischen Leidenschaften frei gehalten werden muß, habe er nichts zu suchen. Also ausgegrenzt der Abgeordnete Liebknecht ermangelt der Verbindungen für eine sachliche Prüfung der mit den Rüstungsleistungen in Verbindung stehenden Fragen! Die zahlreichen anderen Personen, die vom Reichstag in die Kommission berufen wurden, sind unparteiische, sachliche Leute, unbeeinträchtigt von jeder Nebenabsicht und jedem persönlichen Interesse. Die Vertreter der Reichsbehörden, die der Kommission angehören, haben zwar ohne Zweifel sicherlich allerlei Neigung, die bestehenden Verhältnisse bei den Rüstungsleistungen nicht als zu ungünstig dargestellt zu sehen, denn sie sind die Verantwortlichen der bisherigen Zustände. Sie selbst sind es, deren Unfähigkeit vor aller Welt offenbar würde, wenn die Lieberbeurteilung des Reiches durch die Rüstungsindustriellen nachgewiesen wird. Diese Personen werden als Leuchten der Unparteilichkeit hingestellt, Liebknecht aber, weil er mit rücksichtslosem Eifer die Interessen der Gesamtheit gegen die Privatinteressen durchzusetzen bemüht war, er wird als "leuchtender Ankläger" böswillig verdächtigt. Und nun gar die in der Kommission berufenen Herren der Großindustrie, der großen Handels- und Schiffahrtsgesellschaften, der Finanzwelt, auch diese sind natürlich geeignet, unparteiisch zu urteilen und den vorhandenen Uebelständen entschieden entgegenzutreten. Sie, die selbst mittelbar oder unmittelbar für das Reich Lieferungen besorgen und vom Reiche Gewinne ziehen, sie sind geeignet, als treffliche Mitglieder der Untersuchungskommission. Nur gerade die Sozialdemokratie, die die ganze Angelegenheit rücksichtslos in Fluß gebracht hat, kann man für diese ausgezeichnete, von jeder politischen Leidenschaft frei zu haltende Kommission nicht gebrauchen.

Nun wäre es nicht besonders auffällig, wenn solche Töne lediglich in dem amtströmenden Verleumdungsorgan würden, aber — um von der konservativen Presse ganz abgesehen — auch die nationalliberalen und liberalen Blätter der Mittelparteien tun in dasselbe Horn der Verleumdungen, um ihre eigene politische Würdelosigkeit zu verdeutlichen. So erklärt z. B. das nationalliberale Leipziger Tageblatt: "Herr Liebknecht ist mit ganz plausiblen Gründen angelehnt worden; denn daß es ihm nicht um sachliche Aufklärung, sondern lediglich um Fortsetzung seines lächerlichen Panoramamessels zu tun ist, liegt auf der Hand." Ebenso tritt die sächsische Volkszeitung, das rheinische Organ des Zentrums, auf die Seite der Regierung: Liebknecht habe zuerst im Reichstag mit seinem Kruppandal den Anlaß zur Einberufung der Kommission gegeben. Er sei als Ankläger aufgetreten, aber der Krupp-Prozess habe bereits gezeigt, wie

wenig Autorität er für sich beanspruchen könne. Man könne es der Regierung nicht verübeln, daß sie sich gegen die Aufdrängung Liebknechts als Ankläger und Untersuchungsrichter gewehrt hat. Man werde ja im Plenum des Reichstags noch erfahren, ob die Sozialdemokratie wirklich Material habe oder nicht. So sucht auch das Zentrumsblatt durch allerlei persönliche Angriffe und Ablenkungen von dem Kerne der Frage das Verfahren des Reichstags zu beschönigen. Es handelt sich selbstverständlich keineswegs darum, ob Liebknecht irgendwelches besonderes Material besitzt, das er der Kommission vorzulegen die Absicht hat. Die Tatsache ist einfach die, daß der Abgeordnete Liebknecht, als er die Kruppischen Krumpwalzer empfangen, sich verpflichtet gefühlt hat, dieser Angelegenheit, indem er sie zugleich dem Kriegeministerium übermittelte, seine Aufmerksamkeit zuzuwenden und sich auf diesem Gebiete mit Interesse zu betätigen. Darum hielt es auch die sozialdemokratische Fraktion für richtig und wünschenswert, daß er Mitglied der Rüstungskommission wird.

Die gebilligten Annäherungen der nationalliberalen und liberalen Blätter sollen offenbar nur dazu dienen, um vor der deutschen Öffentlichkeit die gesinnungslose Feindschaft zu verbergen, die auch in dieser Frage wiederum bei jenen Parteien vorherrscht. In keinem andern modernen Staate würde sich ein Parlament die Behandlung gefallen lassen, die sich der Reichstag bieten läßt. Die Mehrheitsparteien des Deutschen Reichstags lassen es sich gefallen, daß die Regierung die Einsetzung einer mit wirklichen Machtvollkommenheiten ausgestatteten parlamentarischen Kommission verweigert. Sie verzichten auf eins der bedeutendsten Rechte, die in jedem andern Parlament selbstverständlich sind. Sie überlassen es einer absolutistischen Regierung, eine Kommission einzusetzen, die eine Kontrolle bisheriger Regierungsmassnahmen bezweckt. Nicht das Parlament soll die Regierung kontrollieren, sondern die Regierung will sich selbst kontrollieren und gestattet dabei gnädigst einigen Mitgliedern des Parlaments, als fünftes Rad am Wagen dabei zu sein, und die bürgerlichen Parteien des Reichstags setzen sich gegen diese ihnen zugewandte Rolle nicht zur Wehr, sondern sie sinken in ihrer Würdelosigkeit so weit herab, daß sie sogar freiwillig der Regierung eine beliebige Auswahl unter den Vertretern der Fraktionen gewähren. Sie haben nichts dagegen einzumenden, daß die Regierung einen Abgeordneten ausschließt, weil er sich in der zur Untersuchung stehenden Angelegenheit hervorragend betätigt hat.

Bei dieser Haltung der Mittelparteilichen Presse kann man nur auf die Stellung schließen, die bei Wiederbeginn des Reichstags von den Fraktionen selbst eingenommen werden wird. Es ist schon heute offenbar, daß sowohl das Zentrum wie die Nationalliberalen in dieser grundsätzlichen Frage des parlamentarischen Rechtes jämmerlich vor den Wünschen der Regierung zusammenknicken.

Die Vertagung der Kommission.

Schon nach einer zweiten kurzen Sitzung hat sich die Rüstungskommission auf fast zwei Monate vertagt. Heber die zweite kurze Sitzung der Kommission wird folgende offizielle Mitteilung ausgegeben:

Zuerst sprach ein Vertreter des Reichsanwalts des Innern über die Entwicklung des Rüstungsleistungswesens im Zusammenhang mit der Entwicklung unserer volkswirtschaftlichen Organisation. Daran schlossen sich Vorträge über die Entwicklung und den gegenwärtigen Stand des Leistungswesens im Bereich der Post- und Telegraphenverwaltung sowie des preussischen Ministeriums der öffentlichen Arbeiten.

In Anknüpfung an die Vorträge wurde eine Reihe von Fragen aus der Mitte der Kommission gestellt: Wieviel von den Erträgen der Jahre 1905—1912, getrennt nach den einzelnen Jahren, sind für die Beschaffung der Hauptmaterialien an die reichseigenen Institute und an die Privatindustrie (direkt an die Produzenten oder an den Handel, soweit möglich, getrennt nach den Hauptgruppen) ausgegeben oder für Herstellung in eigener Regie verwendet? Wie verteilten sich die in den Jahren 1905 bis 1912 seitens der Heeres- und Marineverwaltung vergebenen Lieferungen auf Firmen der einzelnen Kantonsstaaten, beziehungsweise größeren Bundesstaaten? Wie groß ist das Gesellschaftskapital der wichtigsten Rüstungsfirmen, wie hoch die von ihnen seit 1905 gezahlten Dividenden, ihre durchschnittlichen Jahreslieferungen an das Reich, und, soweit möglich, ihr Abgang ins Ausland, beides seit 1905? Wie hat sich bei denjenigen deutschen Werften, welche für die Kriegskriegsarbeiten, das investierte Kapital (Aktien und Obligationen) sowie die Rentabilität entwickelt? In welchem Umfang sind die landwirtschaftlichen Produzenten oder ihre Organisationen und der Mittelstand an den Rüstungsleistungen beteiligt? Inwiefern sind einige hervorragende Firmen für Rüstungsleistungen an Konzerne beteiligt? Nach welchen Grundslagen werden die Selbstkosten bei den reichs- und staats-eigenen Betrieben festgesetzt? Insbesondere können genaue Zahlen hierüber beigetragen werden für die Konjunkturfabrik in Goslar, die Torpedowerkstätte in Friedrichsdorf, die Kruppierwerkstätten in Sippstadt und für ein völlig ausgebautes Besehbungsamt?

Daneben wurden Fragen über die Preise für die Rüstungsleistungen gestellt, insbesondere über das Verhältnis zwischen den In- und Auslandpreisen bei den Hauptartikeln. Nach einer Darlegung der Erfahrungen mit dem sogenannten Mittelpreisverfahren für Rüstungsleistungen wurde gefordert, schließlich wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die Erörterungen auch auf die Beschaffung des Sammelmaterials, der Unterkünfte für Mannschaften, Pferde und

Geräte sowie auf die Beschaffung der Kohlen und Öle bei der Marine erstreckt und ferner auch die Beschaffung des für die Zwecke der Heeres- und Marineverwaltung erforderlichen Grundbesitzes und des Remontenbedarfs in den Kreis der Erörterungen einbezogen werden möchte.

Seitens der beteiligten Ressorts wurde die Prüfung und Verantwortung der Fragen, soweit dies irgend möglich sei, zugelassen. Nach den aus der Mitte der Kommission gegebenen Anregungen soll eine große Anzahl von Heeres- und Marineleistungen sowie von Vertretern konkurrierender Firmen und verwandter Branchen als Sachverständige zum Wort gelangen.

Hoffnungen.

München, 15. November.

Die Schwierigkeiten, die bayerische Abhilfe im anderen halb Millionen zu erhöhen, werden noch dadurch vergrößert, daß jede Erhöhung eine Verfassungsänderung erfordert, die folglich zu ihrer Annahme Zweidrittelmehrheit fordert. Das nötigt manchen Zentrumsabgeordneten, der doch ein wenig Ängst vor seinen kleindemokratischen Wählern hat, bei der Abstimmung zu erscheinen und Farbe zu bekennen, während er sonst gern dabei bleiben würde; denn die Erhöhung der Abhilfe ist für das Zentrum eine Frage der Erhaltung des Ministeriums Hertling. Noch über die Lage für die Liberalen, deren Stimmen mindestens für die Durchsetzung dieser Forderung sind. Die Liberalen im Lande fangen doch an, sich ein wenig zu erregen. Daß unter der genialen Führung des Oberbürgermeisters von Weizsäcker und künftigen Reichspräsidenten von Caspary die Liberalen durch ihre Beihilfe zur Königsmacherei jukt die Stellung des kaiserlichen Ministeriums und obenreins das Gottesgnadentum stärken müßten, will vielen nicht in den liberalen Kopf. Bei der Abhilfe werden die einschubeneren Abstrichen geradezu aufdringlich. Die Angst vor den Wählern hat einen Umschwung in der liberalen Presse hervorgerufen, in der liberalen Fraktion ist eine größere Minderheit gegen die Erhöhung der Abhilfe, andere wollen wenigstens etwas abhandeln. Diese Lage hat das Ministerium Hertling recht peinlich und nachgiebig gemacht. Zuerst versuchte der Finanzminister im Finanzausschuß sich mit einem historisch-statistischen Vortrag in einem allgemeinen Nebel den Fragen zu entziehen, die Klärung der Vermögens- und finanzwirtschaftlichen Verhältnisse verlangten. Dann aber mußte er sich entschließen, die 18 präzipierten Fragen der Sozialdemokraten und die drei liberalen Fragen mit einigen genaueren Auskünften zwar nicht völlig zu beantworten, aber wenigstens zum Teil zu befriedigen.

In ihrem Bemühen, die Finanzlage des Hofes so trostlos wie möglich zu schildern, kam es zu jener erdauenden Enthüllung, daß der bayerische Hof sich die wunderbare Fürstenerfeler von Kelheim von einem privaten Wohltäter hat bezahlen lassen. Man weiß jetzt, wieviel es ungefähr irgendwelchen deutschen Bürger kostet, seine Sehnst nach zufriedenen, alle deutschen Bundesfürsten zu einer bestimmten Stunde an einem bestimmten Ort zu konzentrieren. Es ist nicht einmal unbedeutend teuer. Der Fürstenerfeler von Kelheim hat nur 150 000 M. für dies Vergnügen, alle deutschen Staaten für einen Tag ihrer Landesräuber zu berauben und bei sich zu Gast zu sehen, opfern brauchen. Die Wahrheit hat jene vielbeschimpfte Simplizissimus-Satire weit übertroffen, denn es fehlte auf jenem Wilde die maskierte Gesellschaft, die dem bescheldenen Gastgeber das benötigte Geld in die Tasche steckte. Der bayerische Ministerpräsident, dem wir diese Enthüllung verdanken, hatte nicht einmal ein Gefühl dafür, was er mit seiner Mitteilung den monarchischen Teilnehmern der Jahrhundertfeier angetan hat. Denn als der Dr. Böhler erwidert diese Enthüllung als streng vertraulich der Öffentlichkeit entziehen wollte, bemerkte Herr v. Hertling pagig, das könne die Welt ruhig erfahren. Aber wer ist der Wohltäter? Daß er "ohne Gegenleistung" die Jahrhundertfeier finanziert hat, fügte Herr v. Hertling fast voll hinzu. Hat sich aber dieser edle Menschenfreund nur deshalb die Nennung seines Namens verbeten, weil er beschämt, man würde sich auch bei ähnlichen Gelegenheiten von anderer Seite an ihn wenden? Das mag sein. Aber etwas rechtlich gesprochen handelt es sich hier um eine Staatseinnahme, deren Herkunft und Verwendung der Volkserziehung entzogen ist. Wir haben aber allen Grund, mit dem größten Mißtrauen und der wachsamsten Aufmerksamkeit den Spuren solcher ungewöhnlichen Geldgeber nachzugehen. Es wurde schon ein Name genannt: Der Rürberger Generaldirektor der Schudertwerke. Die Regierung hat sich beiläufig die Meldung zu demütigen. Vielleicht hat man ihr gesagt, wie man diese Spende eines Hauptintendanten des Gießereikonzerne in einem Augenblicke deuten würde, daß die Sozialdemokratie immer lauter die Anklage gegen das Ministerium Hertling erhebt, daß sie die vom Landtag beschlossene Elektrifizierung des Walchensees und die ganze staatliche Elektrizitätspolitik dem Privatkapital ausliefert. Der Wohltäter muß unter diesen Umständen genannt werden. Sonst entfällt der Verdacht, daß mit diesem politischen Trümpfel Abhängigkeiten in jenen Kreisen hergestellt werden sollten, die heute noch die Macht haben, politisch-wirtschaftliche Entscheidungen herbeizuführen. Der Finanzminister hat sich schließlich dazu verstanden